Politisches Forum "Mehr Mut zur Tat"

Nach langem Lockdown mit vielen virtuellen Treffen fand die Präsenzveranstaltung des Politischen Forums Mehr Mut zur Tat zur Energiepolitik am 12. Juli 2021 großen Zuspruch, und auch die eingeladenen Experten und Politiker begrüßten die Möglichkeit, sich wieder persönlich mit interessierten Bürgern auszutauschen.

Prof. Dr. Andreas Löschel, Universität Münster, Vorsitzender der Expertenkommission zum Monitoring-Prozess "Energie der Zukunft" der Bundesregierung, Sebastian Jurczyk, Vorsitzender der Geschäftsführung der Stadtwerke Münster, Henning Rehbaum, MdL (CDU), Sprecher der CDU im Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung des Landtags NRW, und Johannes Remmel, MdL (Grüne), ehem. Umweltminister des Landes NRW, skizzierten, wie die ambitionierten klima- und energiepolitischen Ziele erreicht werden können.

Alle Referenten waren einig, dass die geplante Energiewende eine große Kraftanstrengung erfordern wird, die nur gelingen kann, wenn alle Bürger die Sinnhaftigkeit der Ziele und der Maßnahmen verstehen, und verhindert wird, dass es allzu eindeutig Gewinner und Verlierer gibt. Die teuerer werdenden Strompreise müssen sozialverträglich kompensiert werden, z.B. durch Abschaffung der EEG-Umlage und Verringerung anderer Stromsteuern. Das würde auch die Unternehmen entlasten, damit Deutschland ein starkes Industrieland bleiben kann, wofür sich insbesondere Rehbaum einsetzte. Der Ausbau von Windkraftanlagen darf nicht nur dem ländlichem Raum aufgebürdet werden, mindestens müssen Gemeinden und ihre Bürger, z.B. durch Betreiber-Genossenschaften, auch davon profitieren. Remmel wies auf die Schweiz hin, in der Bürger wiederholt für den Ausbau von Bahn und Bus abgestimmt haben und der Ausbau dann auch gelungen ist.

Der Staat muss die Infrastruktur ausbauen. Rehbaum und Remmel sprachen sich dafür aus, Planungsverfahren zu straffen, z.B. Gerichtsverfahren auf eine Instanz zu begrenzen. Aber auch Aufladestationen für E- oder Wasserstoff-Autos und die weitere Foschungsförderung sind notwendig. Löschel warb für einen – möglichst europaweiten – Ausbau des Zertifikatesystems, in dem die Zahl der verfügbaren Zertifikate jährlich verknappt und bis 2050 auf 0 reduziert wird. So kann Bürgern und Unternehmen ermöglicht werden, selbst die jeweils günstigsten Möglichkeiten für CO2-Vermeidung zu finden und zu nutzen. Jurczyk wies darauf hin, dass die größten Potentiale nicht im Verkehr, sondern im Heizen von Gebäuden bestehen. Auch hier sind preisliche Anreize – die z.B. Geothermie günstiger machen – besser als administrative Vorgaben z.B. zum Dämmen.

Zwischen CDU- und Grünen-Vertreter war eine kompatible Sicht erkennbar, dass und wie ein plausibler Gesamtplan und schnelle Umsetzungsmaßnahmen ermöglicht werden können. So überwog am Ende der Optimismus, dass die Klima-/Energiewende zu schaffen ist.